

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Bestellgeld. Be-
stellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin SO. 28, Elisabeth-Ufer 40 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro dreispaltige Zeitspalte 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Werbungsanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nr. 47.

Berlin, den 19. November 1904.

20. Jahrgang.

Soll eine Invalidenunterstützung zur Einführung gelangen?

Zu den nicht endenwollenden Nachklängen des Dresdener Verbandstages gehört nun noch — hoffentlich als letzter — der, durch Urabstimmung eine Invalidenunterstützung im Verbandsverband einzuführen, wofür Verlangen namentlich von einigen süddeutschen Zahlstellen besonders eifrig propagiert wird. Dem voraus ging der Antrag, durch Urabstimmung einen Zweiklassenbeitrag einzuführen. Anscheinend hat dieser nicht soviel Gegenliebe bei den Mitgliedern gefunden, um es zu einer Urabstimmung zu bringen, während im Gegenteil dazu, der Antrag auf Einführung einer Invalidenunterstützung doch einige Aussicht hat, es wenigstens zu einer Urabstimmung zu bringen, zumal diese jetzt wesentlich erleichtert ist, da auf Grund eines auf dem Verbandstage angenommenen Berliner Antrages jetzt nur noch ein Zehntel der Mitglieder nötig sind, um eine Urabstimmung zu veranstalten. Ob sich für den Antrag nachher in der Urabstimmung eine Mehrheit ergeben wird für die Invalidenunterstützung, ist allerdings mindestens zweifelhaft. Notwendig scheint uns daher, daß zu den bisher mit mehr frommen Wünschen und aus rein menschenfreundlichen Absichten hergeleiteten Begründungen auch eine tiefere Betrachtung über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Einführung einer Invalidenunterstützung angestellt wird.

Ein besonders anziehendes Bild für eine Gewerkschaftsorganisation ist es schon nicht, wenn kurz nach dem Verbandstag ganz neue Einrichtungen getroffen, respektive die Beschlüsse des Verbandstages annulliert werden sollen. Denn schließlich muß man doch auch von dem Gesichtspunkt ausgehen, daß der Verbandstag als höchste Instanz nach Für- und Gegenrede und nach Erwägungen aller Verhältnisse das getan hat, was eben möglich und am allernotwendigsten war. Und deshalb müssen kleine Gruppen und Minoritäten auch in Anerkennung dessen und in demokratischer Unterordnung sich zufrieden geben, wenn ihre heißersehnten Wünsche nicht in Erfüllung gehen konnten. Schließlich hat doch auch der letzte Verbandstag in der Unterstützungsfrage recht Nennenswertes geleistet, wobei zunächst das berücksichtigt werden mußte, was uns am nächsten lag. Wir übergehen hier weitere Auseinandersetzungen zu machen, inwiefern Arbeitslosenunterstützung, selbst Kranken- und Hinterbliebenenunterstützung von größerer Bedeutung für die Organisation ist, als Invalidenunterstützung. Unser Standpunkt ist darin bekannt und näher präzisiert in Nr. 14 und 15 dieses Jahrganges.

Beschäftigten wir uns nun mit dem Münchener Projekt der Invalidenkasse.

Die Kasse ist als eine fakultative gedacht. Dem sind zunächst die größten Bedenken entgegenzustellen. Würde die Kasse auf fakultativer Grundlage errichtet, so ist deren Existenz vom ersten Tage an bedroht, denn darüber dürfte kein Zweifel sein, daß die Mehrzahl unserer Mitglieder dieser nicht beitreten würden, und nicht zuletzt gerade die jüngeren, deren Beiträge doch den Grundstock der Kasse bilden müssen. Nicht unser grundsätzlicher Standpunkt allein, daß alle Unterstützungseinrichtungen im Verbandsverband nicht nur zentral, sondern auch obligatorisch durchgeführt werden müssen, sondern in diesem Falle auch rein finanzielle Bedenken veranlassen uns, entschieden gegen fakultative Unterstützungseinrichtungen im Verband Front zu machen.

Bei 10 Pf. Wochenbeitrag sollen durch Krankheit oder Unfall invalide gewordene Mitglieder nach einer vom nächsten Verbandstag festzusetzenden Wartezeit eine permanente tägliche Unterstützung von 1 Mk. erhalten, wenn sie die staatliche Invalidenunterstützung bekommen — so will der Münchener Antrag. Gegen letztere Klausel dürften schon einige Einwendungen zu machen sein. Bekannt sind zahlreiche Fälle, wo jemandem die staatliche Invalidenrente nicht zugesprochen wurde, weil er noch ein Drittel seiner Erwerbsfähigkeit besitzen soll, obgleich er gemeinhin als Erwerbsunfähiger gelten muß. Wollen auch wir solchen Menschen die Verbandsunterstützung nicht zuerkennen? Wir werden uns doch wohl auf den Standpunkt stellen müssen, daß selbst, wenn noch eine geringe Erwerbsfähigkeit vorhanden ist, der Betreffende unterstützungsberichtig ist, denn die Verbandsunterstützung ist doch nicht so hoch, um davon leben zu können. Also nicht in jedem Falle würde die Gewährung der Invalidenunterstützung davon abhängig gemacht werden können, ob die Invalidität schon durch die maßgebenden Instanzen ausgesprochen ist.

Daß von allen Unterstützungszweigen die Invalidenunterstützung in bezug auf ihre finanzielle Wirkung auf die Kasse die bedenklichste ist, ist augenfällig. Während allen anderen Unterstützungen eine Maximalgrenze gesetzt ist, kann das bei der Invalidenunterstützung, wenn sie ihren Zweck vollkommen erreichen will, nicht bestimmt werden; sie muß dauernd gewährt werden. Deshalb ist gerade bei ihrer Einführung mit größter Sorgfalt zu verfahren. Im Buchdruckerverband und im Senefelderbund, zwei Organisationen, in denen die Invalidenunterstützung in einiger Vollkommenheit besteht, steigt

die Zahl der Invaliden von Jahr zu Jahr, was eine nicht unbeträchtliche Belastung der Kasse bedeutet. Haben die jetzigen eifrigen Befürworter das alles bedacht und bauen sie ihren Antrag auf einigermaßen richtiger rechnerischer Grundlage auf? Bei Beratung dieses Gegenstandes auf dem letzten Verbandstage hat der Verbandskassierer schon einige Berechnungen bekannt gegeben und auf die Schwierigkeiten bei Einführung einer Invalidenunterstützung hingewiesen (Protokoll Seite 16). Er hält bei obligatorischer Einführung — wohlgerneht obligatorischer! — einen Beitragszuschlag von 15 Pf. pro Woche für notwendig, während die Münchener bei fakultativer Einführung 10 Pf. für ausreichend halten. Vor irgendwelche gewagte Experimente in den Unterstützungseinrichtungen möchten wir doch eindringlichst warnen, denn nichts macht einen schlechteren Eindruck so wohl nach außen als wie auch auf die Mitglieder, als wenn eine neu eingeführte Unterstützung nach einiger Zeit in ihrer Höhe reduziert oder gar gänzlich aufgehoben werden muß.

Stellen wir uns aber auf den Standpunkt, daß ein fakultativer Beitritt unweckmäßig und somit unstatthaft ist und daß der Beitritt obligatorisch und somit Zwang eines jeden Mitgliedes ist, so kommt die zweite große Frage, die gegenwärtig nicht minder große Bedenken hat: Können wir unseren Mitgliedern nach der erst kürzlich vollzogenen Beitragserhöhung nun schon wieder mit einer solchen von 10 respektive 15 Pf. kommen? Wir verneinen das im gegenwärtigen Stande der Dinge. Und damit steht und fällt das ganze Projekt, wenn es auf der skizzierten Grundlage aufgebaut werden soll, die wir für die allein sichere und gesunde halten, die im Interesse unserer Organisation so gelegt sein mußte.

Mitbestimmend für die jetzige Einleitung der Urabstimmung und Errichtung der Invalidenkasse scheint ja bei den Münchenern zu sein, daß die Wartezeit zum Bezug der Unterstützung verkürzt werden soll, wenn nach drei Jahren auf dem nächsten Verbandstag die Invalidenunterstützung zur Einführung gelangen sollte. Es heißt in dem Zirkular der Münchener Zahlstelle: „Angenommen, der Verbandstag 1907 beschließt: „die erste Auszahlung erfolgt nach sechsjährigem Bestehen der Kasse“, so könnten die Mitglieder erst am 1. Januar 1914 die erste Unterstützung erhalten. Dadurch aber, daß wir diese Beiträge schon ab 1. Januar 1905 entrichten, kann die erste Auszahlung schon am 1. Januar 1911 erfolgen, das ist drei Jahre früher.“

Der löbliche Zweck, der damit verfolgt wird, ist gewiß nicht zu verkennen, aber das wäre un-

feres Erachtens nicht Grund genug, um jetzt schon die Invalidentunterstützung einzuführen, jedenfalls ließe sich auf dem nächsten Verbandstag eine Form finden, um den alten Mitgliedern unseres Verbandes nicht eine zu hohe Wartezeit bis zum Bezug der Invalidentunterstützung vorzuschreiben, sondern es ließe sich wohl in irgend einer Form ihre jahrelange Mitgliedschaft in Anrechnung bringen, so daß jedenfalls das gleiche erreicht würde, was jetzt durch den Münchener Antrag beabsichtigt wird.

Wir sind durchaus nicht prinzipielle Gegner der Invalidentunterstützung, aber man wolle doch stets deren Wert für die gesamten Mitglieder des Verbandes bedenken. Nach Berechnungen anderer Organisationen, in denen Invalidentunterstützung eingeführt ist, kommt diese nur etwa 2 Prozent der Mitglieder zugute. Es fragt sich nun doch, ob die übrigen Mitglieder gewillt sind, zugunsten dieses geringen Prozentsatzes derjenigen, die in den Genuß der Invalidentunterstützung kommen würden, einen solchen erhöhten Beitrag zu zahlen.

Nach allen diesen Bedenken kommen wir zu dem Schlußergebnis, die Einführung einer Invalidentunterstützung vorläufig abzulehnen und auf dem nächsten Verbandstag die Situation zu übersehen. Bis dahin wird der Verbandsvorstand dem ihm auf dem Verbandstag überwiesenen Auftrage gerecht geworden sein und untersucht haben, in welcher Weise eine Invalidentunterstützung im Verband eingeführt werden kann. Bis dahin sollten sich die Mitglieder gedulden. In dem Ausbau der Unterstützungseinrichtungen kann nur schrittweise vorgegangen werden, noch wissen wir nicht, in welchem Maße die neu eingeführten Unterstützungen unsere Verbandskasse belasten werden. Warten wir erst einmal das Resultat ab und sprechen wir dann wieder über die Einführung der Invalidentunterstützung.

Das Rütli.

Von Gustav Weisler, Stuttgart.

Die Jahreszeit, in der wir uns eben befinden, enthält einige sehr denkwürdige Daten aus der Gründungsgeschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Im Monat November war es — vor nahezu 600 Jahren —, in dem der bekannte Rütlichwurz auf einer Wiese am Ufer des Vierwaldstättersees stattgefunden hat, ein flammender Protest gegen die Unterdrückung, gegen die maßlosen Ausschreitungen und Schikane der Landvögte des Hauses Oesterreich, unter denen das freie Hirtenvolk der Urschwyz so schwer zu leiden hatte.

Albrecht I., der Sohn des Kaisers Rudolf von Habsburg, hegte nämlich, sobald er sich im Besitze der römischen Königskrone fühlte, die bestimmte Absicht, die ganze Schweiz seinen österreichischen Erbstaaten einzuverleiben. Alle Pläne, die zum Zwecke der Verwirklichung dieser Absicht in Angriff genommen wurden, mißglückten. Da trat er an die größeren Städtekantone mit der Aufforderung heran, sie möchten sich freiwillig unter den Schutz des österreichischen Hauses stellen. Die Bürger dieser Kantone wiesen ihn aber gleich derart die Zähne, daß er für alle Zeiten davon abließ, je wieder mit einer solchen Forderung an sie heranzutreten. Um seinen Machtkrieg aber dennoch zu befriedigen, verfuhr er es mit den drei kleineren und schwächeren Länderkantonen Schwyz, Uri und Unterwalden. Aber auch die Bürger dieser Kantone wiesen diese Annäherung energisch zurück, indem sie sich — es war am 1. August 1291 — zum Schutze der ihnen schon früher von dem deutschen Kaiser Friedrich II. gewährten Freiheitsbriefe verbündeten. Dieses Bündnis, eigentlich schon der

Lohnbewegungen.

Aus Mägeln bei Dresden wird uns geschrieben: Der Streik bei der Firma Süss (Luruskartenfabrik) in Mägeln ist nun beendet. Er ist zugunsten der Streikenden ausgefallen. Und warum? Wie schon in der letzten Nummer unserer Zeitung berichtet wurde, waren es die Steindrucker, denen wir es zu verdanken haben, daß der Streik so plötzlich abgebrochen werden mußte. Wenn man bedenkt, daß fast die gesamte Einwohnerschaft auf Seite der Streikenden war, fern, daß auch die anderen Gewerkschaften, Maurerverband, Metallarbeiterverband usw. reges Interesse daran hatten, so kann man sich vorstellen, was es für eine Empörung unter der ganzen Arbeiterschaft von Mägeln und Umgegend hervorgerufen hatte, als es hieß, der Streik ist durch die wankelmütigen Steindrucker abgebrochen worden. Den Abend vorher noch fand eine große öffentliche Versammlung in Mägeln statt, in welcher der Vorsitzende des Steindruckerverbandes in aufseuernder und begeisterter Weise über den Streik in der Luruskartenbranche referierte, so daß sämtliche Streikenden wieder frischen Mut bekamen; kein Mensch hatte eine Ahnung, daß am nächsten Tage der Streik beendet sein wird. Es sei hier noch bemerkt, daß sich die Steindrucker bei dieser Firma von jeher mit ihrer Organisation und ihrem festen Zusammenhalten gebrüht haben, so daß die Buchbinder, Präger zc. sich als Waisenkinder betrachten mußten gegenüber den Herren Steindruckern. Der Leitung des Steindruckerverbandes kann in keiner Weise ein Vorwurf gemacht werden. Der Vorwurf gilt nur den Steindruckern der Firma Süss und von diesen wieder nur gewissen Personen. Es ist ja allerdings noch zu betrachten, daß die agitatorischen Kräfte unter den Steindruckern schon längere Zeit vor dem Streik hinausgeekelt wurden, so daß es an den geeigneten Kräften mangelte, um die Wankelmütigen zu halten. Auch muß erwähnt werden, daß vor dem Streik nicht eine einzige große öffentliche Versammlung stattgefunden hat, wo alle Gewerkschaften Gelegenheit gehabt hätten, sich über alle vorkommenden Fälle auszusprechen. Es war dies ein Fehler von unserer Seite. Es wurde die Ansicht geäußert, große Versammlungen vor dem Streik könnten der Bewegung mehr schaden. Man war auch der Meinung, daß die Firma

Süss es gar nicht zum Streik kommen lassen würde, sondern sofort in Verhandlungen eintreten werde. Leider trat das Gegenteil ein. Der Geschäftsleiter H. K. setzte alle Hebel in Bewegung, um Arbeitswillige zu finden. Seine Saal-aufseher oder Werkführer, wie sie sich nennen, leisteten ihm treue Dienste bei der Suche nach Arbeitswilligen. Der bekannte Buchbinderwerkführer Herr Zahn sowie der Werkführer Herr Beckert aus der Feißprägerei stellten sich auf dem Bahnhofe auf, um die ankommenden Arbeitswilligen zu empfangen. Jetzt nun, wo der Streik beendet ist, wird von dem H. Kallenbach Auslese gehalten. Die Listen waren von jedem Saal-aufseher resp. Werkführer fertiggestellt, um auszufinden, wer von den Streikenden angenommen werden soll und wer seiner Wege gehen kann. Auch wurde verlangt, daß alle aus dem Verbandsverbande austreten sollen, und jedem, der wieder das Glück hatte, in dieses schöne Eldorado einzuziehen zu können, wurde mitgeteilt, so bald er sich gegen Arbeitswillige etwas zuschreiben kommen läßt, würde er sofort entlassen. Durch dieses brutale Vorgehen agitiert der Herr nur wieder für unsere Organisation. Da es nun nicht ausgeschlossen ist, daß durch die Maßnahmen der Geschäftsleitung die Arbeiter aufs äußerste gereizt werden und früher oder später der Streik bei dieser Firma von neuem ausbrechen kann, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen und einer jeden Kollegin, dem Verbandsverbande treu zu bleiben und dahin zu wirken, daß bei einem nächsten Streik alle Berufe in dieser Fabrik einig sind, um dann geschlossen vorgehen zu können, damit endlich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für unseren Beruf erzielt werden.

Aus Sildesheim wird geschrieben: In unsere Lohnbewegung ist keine wesentliche Aenderung eingetreten. Unser Vorsitzender machte noch einmal den Versuch, eine Verhandlung mit der Innung herbeizuführen, der jedoch scheiterte. Es ging uns vom Obermeister ein Schreiben zu, worin gesagt war, die Innung habe keine gesetzlichen Mittel, um ihre Mitglieder zur Einhaltung der Forderungen zu zwingen. Die Innung gab uns den Rat, uns an die in Frage kommenden Arbeitgeber einzeln zu wenden, da letztere wohl nicht abgeneigt seien, unseren gerechten Forderungen entgegen zu kommen. Wir ließen auch diesen Schritt nicht unberührt, und haben nun

Grundstein zu der späteren schweizerischen Eidgenossenschaft, wurde schriftlich niedergelegt und befindet sich noch heutigentags unter dem Namen „Bundesbrief“ im Archiv zu Schwyz aufbewahrt. Dieser Bundesbrief lautet:

„Im Jahre Gottes 1291, im Anfang des Augustmondes, verbanden sich wohlvertraulich die Männer des Tales Uri, der Gemeinde von Schwyz, wie auch die im Gebirg von Unterwalden, in Erwägung der bösen Zeiten, und schweren, mit aller Macht und Anstrengung an Gut und Leuten einander in und außer den Tälern auf eigene Kosten auf und wieder alle die zu helfen, welche ihnen oder einem von ihnen Gewalt antun möchten.“

Natürlich machte ein solches Bündnis den Plan eines Albrechts I. wieder zumichte. Dennoch ließ er von dem Gedanken, die Schweiz unter seine Herrschaft zu kriegen, nicht ab, sondern wandte nunmehr in seinem Verrger Gewaltmittel an, in der irrigen Meinung, dadurch seine Absicht um so bald er erfüllt zu sehen. Er war Tyrann genug, sogenannte Landvögte in ein Land zu setzen, das ihn von Rechts wegen gar nichts anging, nur um die Bewohner in Habsburgischen Interesse knechten und drangsalieren zu können. Je länger diese Vögte aber im Lande waren, desto frecher und gewalttätiger wurden sie. In Müßnacht, auf dem Rosberg, in Sarnen, in Altdorf usw. bauten sie Burgen, in dem Glauben, von solchen Festen aus ein freies Hirtengeschlecht regieren zu können. Tagtäglich häuften sich die Klagen der Bürger über die Grauseltaten und Gewaltakte dieser Landvögte. Und so geschah es, daß sich in der Nacht vom 7. zum 8. November des Jahres 1307 drei Männer, und zwar Arnold von Melchthal aus Unterwalden, Walter Fürst aus Uri und Werner

Stauffacher aus dem Kanton Schwyz, in aller Stille auf dem Rütli zusammenfanden und dort das feierliche Gelübde ablegten, sich mit ihren Landsleuten nie unter das Joch Oesterreichs zu beugen und beschließen, in der kommenden Neujahrsnacht die Landvögte aus ihren Burgen zu verjagen und ihre stolzen Besten zu schleifen und dem Erdboden gleichzumachen.

„Eink am See, wenn man Nach Brunnen fährt, dem Mythenstein grad über,

Liegt eine Matte heimlich im Gehölz,
Das Rütli heißt sie bei dem Volk der Hirten,
Weil dort die Waldung ausgerottet ward.“

so sprach der wackere Walter Fürst, da er das Rütli als den Ort ihrer nächtlichen Zusammenkunft in Vorschlag brachte. Das erste Gesetz, das in jener Nacht ohne Widerspruch angenommen wurde, lautete: „Wer von Ergebung spricht an Oesterreich, soll rechtlos sein und aller Ehren bar. Kein Landmann nehme ihn auf an seinem Feuer.“ und in leidenschaftlichem Haße gegen die Oesterreicher erhoben nun diese drei Helden ihre Rechte gen Himmel und schwuren:

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr.“
„Wir wollen frei sein, wie die Väter waren;
Eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.“
„Wir wollen trauen auf den höchsten Gott
Und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.“

Diese Worte, die mit einem heiligen Eide bekräftigt wurden, und die keinen Zweifel übrig ließen, daß die Verschworenen, wenn nötig, auch ihr Leben wagen würden, um der Erfüllung dieses Schwures zu ihrem Rechte zu verhelfen, diese gaben ihnen den Namen „Eidgenossen“.

auch ein Teil der Arbeitgeber unsere Forderungen zum Teil bewilligt. Die Herren Buchbindermeister Hüper, Focke und H. Ahrens & Sohn hielten es gar nicht für nötig, unser Schreiben zu beantworten. Herr Ahrens sagte: 18 Mk. könne er nicht zahlen; wenn er so viel Geld ausgeben sollte, müßte der Gehilfe Bergolder sein. Herr Ahrens meint, wenn er keinen Gehilfen wiederbekommt (da der jetzige nicht mehr für den niedrigen Lohn arbeiten will), würde er seine Buchbinderei aufgeben, denn dabei sei doch nichts mehr zu verdienen. Herr Ahrens mag seinem Vorsatz ruhig treu bleiben, da würden auch hier jedenfalls einige Meister erleichtert aufatmen und sich freuen, daß ein Meister weniger ist, welcher hier die billigen Preise für die Fabrikate fordert. Wir glauben, Herr Ahrens ist am allerwenigsten dazu berechtigt, darüber zu klagen, daß bei der Buchbinderei nichts verdient wird. — Wie hier die Schmuckkonkurrenz unter den Buchbindermeistern grassiert, zeigt folgender Fall. Es wurde jemand zu fast allen Meistern mit einem Jahrgang „Berliner Illustrierte Zeitung“ geschickt, um zu fragen, was dieselbe zu binden koste. Hierfür wurde verlangt vom üblichen Preise von 2,50 Mk. ab bis herunter zu 1,25 Mk. Dabei tun sich die Herren was zugute auf das Würdigen Bindungsmeister.

Zugung ist fernzuhalten.

Gesperrt sind die Firmen Robert Ahrens u. Sohn, Fr. Hüper und Focke (Huisner Nachf.).

Zugung nach Dresden und Mägeln ist strengstens fernzuhalten!

Gesperrt sind die Firmen: J. F. Dickel in Offenbach a. M., die Galanteriewarenfabrik Kühne in Berlin, Prinzenstraße 22, Eisinger in Straßburg und D. Reinhardt in Dessau. Zugung nach Wiesbaden bei der Firma Gollstein und nach Grünstadt bei der Firma Schäffer ist fernzuhalten.

Nach Aachen ist Zugung fernzuhalten; die Firma Keppler ist gesperrt.

Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände.

Eine größere Anzahl interner Organisationsfragen, insbesondere die Umgestaltung der von den Gewerkschaften geführten Streikstatistik, gaben der Generalkommission Veranlassung, die Vorstände der Zentralverbände zu einer Kon-

ferenz zusammenzuberufen, die in Berlin vom 21.—26. Oktober 1904 stattfand. Wie auf der gleichartigen Konferenz im Oktober 1903 waren auch dieses Mal die Zentralvorstände durch ihren Vorsitzenden vertreten.

Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit den Erhebungsformularen, die bei der Aufnahme der Streikstatistik zur Verwendung kommen. Es wurde beschlossen, daß auch fernerhin die Erhebungsmaterialien von der Generalkommission den angeschlossenen Organisationen zu liefern sind. Die Verhandlungen über die Vereinfachung der Statistik führten zu dem Ergebnis, daß nur unwesentliche Veränderungen vorgenommen werden können. Der größte Teil der in den Formularen enthaltenen Fragen muß bestehen bleiben, weil diese Selbstzweck sind und zur Beurteilung der Verhältnisse und Vorgänge am Streiforte dienen. Nur bei den Fragen, die zum Zwecke der Statistik gestellt werden, kann eine Milderung erfolgen, doch soll auch dieses nur in geringem Maße geschehen, damit die Streikbewegung in der Statistik deutlich zum Ausdruck kommt. Dagegen wurde beschlossen, den Versuch zu machen, die Erfolge des Streiks darzustellen, so daß nicht wie bisher berichtet wird, wieviele Streiks erfolgreich und wieviel Personen beteiligt waren, sondern auch Angaben gemacht werden über die erreichte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Die Sache bietet insofern besondere Schwierigkeit, weil vielfach die Erfolge der Streiks nicht unmittelbar eintreten und die gestellten Forderungen oftmals längere Zeit nach einem verlorenen Streik von den Unternehmern anerkannt werden. Es dürfte sich jedoch mit der Zeit in Verbindung mit der seit dem 1. Januar 1904 geführten Statistik über die Lohnbewegungen, die nicht zum Streik führen, eine ziemlich zuverlässige Uebersicht über die von den Gewerkschaften für die Arbeiterschaft erkämpfte Verbesserung der Arbeitsverhältnisse geben lassen, wenn auch die ersten Erhebungen noch mangelhaft sein sollten.

Die Gewerkschaftsstatistik, d. h. der Bericht über Umfang und Leistungen der Gewerkschaften, wird gleichfalls im ganzen unverändert bleiben, nur sollen die Ausgaben der Zweigvereine festgelegt werden. Bisher ist in der Statistik nur berichtet, welcher Betrag den Zweigvereinen verbleibe, nicht aber, in welcher Weise diese Beiträge verwendet wurden.

In möglichst unauffälliger Weise wurde der geplante Aufstand, die Ueberrumpelung der Landbögte in der Neujahrsnacht, vorbereitet und keiner fand sich, der nicht das feierliche Versprechen ablegte, zu gegebener Zeit mit Leib und Seele für das kühne Unternehmen einzustehen und zu dessen Gelingen kräftig mitzuwirken.

Unterdessen haben aber die Landbögte ihr verbrecherisches Wesen immer weitergetrieben. Nur dem Eingreifen besonnenen Männer war es zu danken, daß die Eidgenossen ihrer Empörung und ihrem fürchterlichen Hass gegen ihre Peiniger nicht vorzeitig Lust machten. Was Wunder, wenn die Entrüstung der Schweizer immer mehr anwuchs, wenn sich der eine dieser Landbögte sittlicher Vergehen an den Weibern ehrbarer Bürger schuldig machte, der andere in lakonischer Kürze erklärte:

„Wenn der Bauer Brot will essen, Mög' er selbst am Pfluge zieh'n,“

und dabei dem Landmann ohne alles weitere das Vieh vom Felde wegnahm, und der dritte gar die Kühnheit hatte, mitten im Flecken Altdorf eine Stange zu errichten und auf deren Spitze einen Hut zu setzen, welcher die österreichische Hoheit und Obrigkeit repräsentieren sollte und dabei durch zwei zu der Stange gestellte Kriegsknechte von allen vorübergehenden schweizerischen Bürgern verlangte, sie sollten zum Zeichen der Untertänigkeit und Unterwürfigkeit gegen das Haus Oesterreich vor diesem Hute kniempimentieren.

Die natürliche Begleiterscheinung solcher Annahmen war ein bis ins unendliche gesteigerter Haß gegen die Oesterreicher. In jene Zeit nun verlegt die Ueberlieferung auch die Sage von dem schweizerischen Helden

Wilhelm Tell, die schon so unzähligemale niedergeschrieben und verherrlicht wurde, von keinem aber so schön, wie von unserem schwäbischen Landsmann Friedrich von Schiller, dessen 145. Geburtstag wir kürzlich feiern konnten, in seinem Schauspiel „Wilhelm Tell“.

Dieser Tell war der erste, der dem Lande Oesterreich die geforderte Reverenz, das Kompliment vor dem Hute, verweigerte. Als echter freiheitsliebender Schweizer wollte er sich nicht so weit erniedrigen, vor einer Stange mit einem Hute obenauf einen Wiedling zu machen. Ohne dieselbe eines Blickes zu würdigen, wollte er, als er mit seinem Sohne nach Altdorf kam, an derselben vorüber, wurde aber von den zwei Wachen angehalten und barsch aufgefordert, dem Hute das vorgeschriebene Kompliment zu erweisen, anderenfalls er seine Gefangennahme zu erwarten hätte — im Namen des Landvogts. Tell war aber nicht der Mann, dem eine Aufforderung zweier nichtsnutziger Gondarnen als Heiligtum galt, und im Vollgefühl seiner Mannervürde verweigerte er das Kompliment zum wiederholten Male. Jemand ein Dichter kleidet diese Weigerung Tells, die er an die beiden Posten gerichtet haben soll, in die Worte:

„Was geht mich eure Stange an
Mitamt dem alten Hute;
Ich bin ein freier Jägersmann
Von schweizerischem Blute.
Und wenn Ihr mich nicht weiter laßt,
Ihr beiden mageren Kanze,
So schlag' ich jedem, uffgepaßt,
A Paar auf seine Schnauze.“

Auf diese Weigerung hin mußte nun Tell nach Anweisung des Landvogts festgenommen werden. Während seiner Gefangennahme erschien

Die Beschlüsse des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten veranlaßten die Konferenz zur Stellungnahme in einer sogenannten Grenztreitigkeit. Bisher ist stets versucht worden, Differenzen über die Abgrenzung des Agitationsgebietes durch Verhandlungen unter den Vorständen der unmittelbar beteiligten Organisationen auszugleichen. Daß die Vertreter der gesamten Organisationen sich mit dem vorliegenden Grenzstreit befassen mußten, lag daran, daß die Beschlüsse des Verbandes der Gemeindegewerkschaften den größten Teil der der Generalkommission angeschlossenen Verbände betrafen. In einer Sitzung des Vorstandes und Ausschusses und der Beamten des genannten Verbandes, die am 7. und 8. Mai 1904 stattfand, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die in städtischen resp. staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten können ihre wirtschaftlichen Interessen nur durch eine gemeinsame Betriebsorganisation wahren, nicht aber durch Anschluß an die einzelnen Berufsverbände.“

Wollten die einzelnen in Frage kommenden Kategorien sich den beruflichen Verbänden anschließen, so würde dieses eine erhebliche Schädigung der gemeinsamen Kraft bedeuten und fast jede einseitige gewerkschaftliche Aktion unmöglich machen.

Die gewerkschaftlichen Bestrebungen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten unterscheiden sich wesentlich von den Forderungen der Arbeiter der Privatindustrie.

Auch muß die Taktik der Arbeiter und Unterangestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben im gewerkschaftlichen Kampfe eine wesentlich andere sein, als wie die in der Privatindustrie üblichen.

Aus diesen Gründen heraus kann für die städtischen Arbeiter und Unterangestellten nur die gemeinsame Betriebsorganisation in Frage kommen.

Daher muß der Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten für sich das Recht in Anspruch nehmen, die allein zuständige Organisation für in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen zu sein. Er sieht sich daher gezwungen,

aber zufällig der Landvogt Gessler selbst und man unterrichtete ihn sofort von dem Vorfall.

Obwohl Gessler ursprünglich beabsichtigte, alle diejenigen, welche die Reverenz vor dem Hute verweigerten, gefangen nehmen und in den Kerker werfen zu lassen, wollte er dennoch in diesem Falle eine Ausnahme zulassen. Gessler hatte nämlich schon gehört, daß Tell ein unübertröffener Schütze sei, und so machte er diesem den Vorschlag, wenn er sich der Gefangenschaft entziehen wolle, solle er auf eine bestimmte Entfernung einen Apfel von dem Kopfe seines kleinen Sohnes herunterschießen. Tell war ob einem solchen Ansinnen ganz entsetzt, denn trotz seiner Sicherheit, mit der er die Armbrust zu handhaben wußte, hielt er es dennoch nicht für ausgeschlossen, daß er in der Aufregung, in der er sich befand, sein Ziel verfehlen und statt in den Apfel, in den Kopf seines eigenen Kindes treffen könnte. Die Liebe zu seinem Sohne ließ ihn auf einen solch gefährlichen Vorschlag nicht eingehen. Auch die Umstehenden beklagten sich über die Härte eines solchen Urteils. Doch Gessler meinte:

„Der kann nicht klagen über harten Spruch,
Den man zum Meister seines eignen Schicksals macht.“

Hier gilt es, Schütze, Deine Kunst zu zeigen.“

Erst auf die wiederholte Bitte seines Sohnes ließ sich Tell bewegen, zu seiner Armbrust zu greifen, und, während alle Anwesenden in ängstlicher Spannung das Ende dieser Szene erwarteten, schoß er den Apfel auf dem Haupte seines Sohnes mitten entzwei. Alles atmete von einem fürchterlichen Alpdruck befreit erleichtert auf und jubelte:

„Erzählen wird man von dem Schützen Tell,
So lang die Berge stehn auf ihrem Grunde.“

(Zählh. folgt.)

allen Bestrebungen energisch entgegenzutreten, welche eine Zersplitterung der gemeinsamen Kraft und der gemeinsamen Organisation der städtischen und staatlichen Arbeiter herbeiführen wollen.

In den Fällen jedoch, wo andere berufliche Verbände eine annehmbare Organisation für städtische respektive staatliche Arbeiter geschaffen haben, und insoweit ältere Rechte besitzen, wird unser Verband diese Rechte respektieren und auf die Zugehörigkeit der fraglichen Personen zu demselben verzichten."

Die Generalkommission machte den Verbandsvorstand darauf aufmerksam, daß dieser Beschluß unmöglich aufrecht erhalten werden kann, weil seine Durchführung die Interessen fast aller anderen der Kommission angeschlossenen Organisationen zu schädigen geeignet sei. Der Verbandsvorstand erklärte aber in der von ihm herausgegebenen Broschüre „Unsere Grenzfreigebnisse und gewerkschaftliche Taktik“, daß es bei dem Beschlusse verbleiben müsse. Es war deshalb erforderlich, daß die Vertreter der Organisationen, die sich zum gemeinsamen Arbeiten zusammengeschlossen haben, erklären, ob der erwähnte Beschluß durchgeführt werden könne, ohne daß es zu fortgesetzten Differenzen zwischen den Organisationen, die Berufsangehörige in Gemeindebetrieben haben, kommt.

Die Konferenz kam zu dem Entscheid, daß nicht willkürlich von einem Verbands die Agitation auf Arbeiter ausgeübt werden könne, die anderen Berufen angehören, und nahm folgenden Antrag an:

„Die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ist anzuerkennen für das Arbeiter-, Verwaltungs- und Hauspersonal der städtischen, provincialen und staatlichen Wasser-, Licht- und Kraftwerke, Krankenhäuser, Seil- und Verpflegungs- und Badeanstalten, Schulhäuser, Asyls, sowie für das Personal im städtischen Kanalisations- und Straßenreinigungs-, Desinfektions- und Beredigungsstellen.

Die Zuständigkeit des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ist nicht anzuerkennen für solche städtische Regiebetriebe, in denen gewerbliche Arbeiter sowie Verkehrsangestellte beschäftigt sind.

Soweit vereinzelte gewerbliche Arbeiter innerhalb städtischer Anstalten dauernd angestellt sind (sogenannte betriebsfremde Arbeiter), ist gegen deren Organisation im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter nichts einzuwenden; doch darf ein Druck auf solche bereits einem anderen Verbands angehörigen Arbeiter nicht ausgeübt werden, um sie zum Uebertritt zum Verbands der Gemeindearbeiter zu bewegen."

Bezüglich der Arbeiter in Licht- und Kraftwerken wurde auf Anfrage unter Zustimmung der Konferenz erklärt, daß es sich nicht um gewerbliche Arbeiter, wie z. B. Monteure und Rohrleger, handle, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, daß diese vielmehr nach wie vor zu ihren Berufsorganisationen herangezogen werden sollen. Nach dieser Abgrenzung des Agitationsgebietes wird sich ein friedliches Neben- und Miteinanderarbeiten mit dem Verbands der Gemeindearbeiter ermöglichen lassen, nicht aber, wenn dieser fortfährt, seine Agitation auf Steinseher, Quaiarbeiter, Straßenbahnarbeiter usw., die in Regiebetrieben arbeiten, auszuüben.

Nach über die Grundsätze im gewerkschaftlichen Kampfe, wie sie von dem Vorstande des Verbandes in einer an den Oberbürgermeister von Berlin gerichteten und in Nr. 13 des Verbandsorgans „Die Gewerkschaft“ vom Jahre 1901 veröffentlichten Denkschrift zum Ausdruck kommen und in der erwähnten vom Verbandsvorstande herausgegebenen Broschüre näher begründet sind, kam es in der Konferenz zu einer Aussprache. Die Vorstandsvorteiler erklären einstimmig (bei einer Stimmenthaltung), daß diese Grundsätze nicht den Anschauungen entsprechen, die in den modernen Gewerkschaften Geltung haben und Geltung behalten sollen.

Die Gewerkschaften sollen ihre Mitglieder zu selbstbewußten Menschen erziehen, die nicht um geringer Vorteile willen auf eines der ihnen zustehenden Rechte verzichten. Dieser Grundsatz müsse auch in den Gewerkschaften aufrecht erhalten werden, die sich einer besonderen Taktik bei Vertretung ihrer Forderungen bedienen.

Neben periodische Unterrichtskurse für die in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Personen wurde eingehend in der Konferenz diskutiert. Die Generalkommission wurde beauftragt, die Sache nochmals nach allen Richtungen hin auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen.

Auch die Frage der gegenseitigen Unterstützung bei Streiks wurde kurz erörtert und in Aussicht genommen, sie des näheren in einer späteren Konferenz zu besprechen.

Daß dem Gewerkschaftlichen Frauen-Agitationskomitee von der Generalkommission ein Raum zur Erledigung der Arbeiten zur Verfügung gestellt worden ist, wurde einstimmig von der Konferenz gutgeheißen.

Die Konferenz beschloß ferner, auf die Tagesordnung des im nächsten Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongresses die Punkte zu setzen „Die Maifeier“ und „Generalstreik oder politischer Massenstreik“. Gegen die Generalstreiks-ideen sprach sich die Konferenz ablehnend aus; sie hielt es aber für zweckmäßig, daß diese ablehnende Haltung auch in einem Beschluß des Gewerkschaftskongresses zum Ausdruck komme.

Es wurde sodann über Beschaffung von Versammlungslokalen in den Gegenden, in welchen die Gewerkschaften noch wenig entwickelt sind, sowie über eventuelle Erweiterung des Arbeitersekretariats in Oberschlesien verhandelt.

Auf Anfrage, welche Bewandnis es mit der angeblichen Unterschlagung einer den Delegierten auf der Konferenz in Dublin überreichten Schrift habe, erklärten die Delegierten, daß es sich um eine Schrift handle, wie sie vielfach auf Konferenzen und Kongressen zur Verteilung gelange. Der größte Teil des Inhaltes sei den deutschen Arbeitern, die Leser der Arbeiterpresse sind, bekannt, weil diese Presse eingehend über alle Vorgänge in Frankreich berichtete. Eine Veranlassung, den Inhalt der Schrift gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besonders bekannt zu geben, lag deshalb nicht vor, zumal das darin Empfohlene mit den Aufgaben der Gewerkschaften gar nichts zu tun habe.

Die Entzündungsepidemie

scheint immer weitere Kreise unserer Zahlstellen zu ergreifen. Von dieser Krankheit werden weniger die gesunden Zahlstellen ergriffen, welche in der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben ihre Haupttätigkeit erblicken, sondern diejenigen werden am meisten vom Entzündungsfieber geschüttelt, welche auf ihrem ureigenen Gebiet verdammt wenig geleistet haben. Hat z. B. der frühere Vorstand die Verlegung eines Gaubvorstandes von Eberfeld nach Esfen nicht bestätigt, flugs findet sich eine Mitgliedschaft, die dies „den Herren am grünen Tische in Berlin“ in die Schuhe schiebt und mit derselben verwechslungsfähigen Gewandtheit wird eine „energische“ Protestresolution zusammengebracht.

Oder wenn ein nicht ernst zu nehmender Kollege in Berlin irgend einen dummen Antrag eingebracht hat, der verdienstermaßen gegen nur sechs Stimmen von der betreffenden Versammlung unter den Tisch geworfen wurde, alsbald holen mit affenartiger Geschwindigkeit Entzündungsjongleure denselben wieder unter dem Tisch hervor und balancieren ihn so lange vor den Augen ihrer Zuhörer, bis die übliche Protestresolution das Licht der Welt erblickt hat.

Unter anderem hat auch die Zahlstelle Ulm bei Anwesenheit des Gaubevollmächtigten, Kollegen Wöttcher-Stuttgart, sich mit dem Antrag Danke beschäftigt und meine Person in einer Weise mit diesem Antrag in Verbindung gebracht, die geradezu skandalös genannt werden muß. Wenn ich für den Antrag Danke gestimmt hätte, wäre ja das Vorgehen der Umer begreiflich, aber da ich dagegen gestimmt habe, so fiel jeder Vorwand weg, die Resolution in der geschickenen Art abzufassen.

Gerade die Zahlstelle Ulm hätte alle Veranlassung, anstatt mit solchen „reinen Mitteln“ zu arbeiten, erst einmal die Anfangsgründe gewerkschaftlicher Tätigkeit in sich aufzunehmen; denn wie es damit aussteht, beweisen ja die Ausführungen Wöttchers in der betreffenden Versammlung in bezug auf die mögliche Verkürzung der Arbeitszeit in Ulm. Also etwas weniger Entrüstungsbräu, meine Herren, und etwas mehr nahrhafte Kost für die praktische gewerkschaftliche Tätigkeit!
E m I R I o t h.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 7. Oktober fand eine öffentliche Versammlung der Alumarbeiter und Arbeiterinnen statt, um über die Lohnfrage im kommenden Jahre Stellung zu nehmen. Nach einem eingehenden Referate Bykonstis, worin er die Notwendigkeit einer Aufbesserung der Lohnverhältnisse und auch deren Durchführbarkeit nachwies, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung der Alumarbeiter und Arbeiterinnen beauftragt die Lohnkommission, mit den Alummfabrikanten in Verbindung zu treten, um einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Sollten die Herren Fabrikanten es ablehnen, in Verhandlungen einzutreten, so ist die Lohnkommission verpflichtet, geeignete Schritte zu unternehmen, welche die Einführung von Minimallöhnen, Mehrbezahlung der Ueberfeierabendarbeit, sowie Erhöhung der Akkordpreise herbeizuführen.

Die hierauf gewählte Lohnkommission besteht aus Hermann Scholz, Kumm, Töpfer, Kammler und Frau Kösch.

Berlin. Die Kartonnarbeiter und Arbeiterinnen hielten am 8. d. M. eine gutbesuchte Versammlung ab, in der Kollege Mystik den Bericht der Tarifkommission gab. Die Kommission hat folgenden Tarif ausgearbeitet: 1. Zuschneider, welche ausgelernt haben, erhalten im ersten Gesellenjahr einen Minimallohn von 21 Mk., nach einem Jahr steigt der Lohn für Papierzuschneider und Mäher auf 25 Mk., für Papierschneider auf 27 Mk.; Ueberstunden werden mit 33 1/3 Proz. bezahlt. 2. Für Handarbeiterinnen ist der Stundenlohn nach beendeter Lehrzeit im ersten halben Jahr 28 Pf., nach dieser Zeit 35 Pf.; Ueberstunden werden mit 25 Proz. Aufschlag bei allen Arbeiterinnen bezahlt. 3. Maschinenarbeiterinnen erhalten in den ersten 4 Wochen 6 Mk. pro Woche, alsdann 12 Mk., nach einem Jahr 16 Mk. Arbeiterinnen erhalten einen Wochenlohn von 15 Mk. Die Arbeitszeit ist eine 9 stündige. Sämtliche christlichen sowie vom Arbeitgeber angeordneten Feiertage werden bei Lohnarbeitern und Arbeiterinnen voll bezahlt, auch behält § 616 B. G. B. volle Gültigkeit. Akkordarbeiter und Arbeiterinnen erhalten für etwaiges Warten auf Arbeit nach den oben angegebenen Lohnsätzen bezahlt.

Nach der Diskussion, in welcher befristet wurde, daß noch einige Positionen abgeändert werden müßten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung aller in Kartonnfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie hält die angeführten Minimallöhne für dringend notwendig, da die jetzt gezahlten Löhne in keiner Weise den Leistungen und Verhältnissen entsprechend sind. Sie fordert ferner alle Berufsangehörige auf, insbesondere die weiblichen Arbeiter, der Organisation beizutreten, soweit sie derselben noch nicht angehören, denn nur durch eine straffe Organisation ist es der Arbeiterschaft möglich, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen und schon bestehende zu erhalten.“

Sodann wurde von einigen Kollegen die Firma „Dresdener Kartonnagen-Industrie“ bekannt gemacht, welche schon wiederholt Kollegen, die für den Verband agitiert haben, gemafregelt hat. Auf Antrag wurde eine Agitationskommission, bestehend aus 9 Kollegen und 3 Kolleginnen, gewählt. Weiter wurden noch 3 Kolleginnen für die Tarifkommission gewählt, welche den Tarif noch einmal gründlich durcharbeiten soll,

damit derselbe bei nächster Saison den Unternehmern vorgelegt werden kann.

Hannover. Am 1. November war im „Ballhof“ eine öffentliche Versammlung für Buchbinder und Kartonmagen abgehalten worden mit der Tagesordnung: „Warum sind in Hannover die Löhne noch so minimale? Als Referent war der Verbandsvorsitzende Kloth aus Berlin erschienen. Die Antwort auf obige Frage hatten sich die hannoverschen Kolleginnen und Kollegen sehr leicht gemacht, wie Kloth im Anfang seines Referates feststellte, nämlich: es waren ungeheuer viele da, die durch Abwesenheit glänzten und nur wenige — Arbeiterinnen fast gar keine — waren erschienen, um sich — nach Vassalle — sagen zu lassen, wie schlecht es ihnen eigentlich noch geht. Von dem glühenden Hauch der Begeisterung, der dem Referenten aus der Versammlung entgegenwehen mußte, wenn es um die Unterfuchung der Grundlage unseres materiellen Lebens sich handelt, war sehr wenig zu verspüren; nur die leuchtenden Blicke derjenigen, die immer die Seele der Zahlstelle bilden, gaben die Gewähr, daß auch für Hannover in nicht allzuferner Zeit bessere Verhältnisse zu erhoffen sind.

Nach der „Buchz.“ besteht hier der Minimallohn von 18—24 Mk. Schon dieser Intervall von 6 Mk. beweise, ein wie großer Spielraum den Prinzipalen bei der Entlohnung gegeben ist, wovon auch reichlich Gebrauch davon gemacht wird. Auch hier muß ein bestimmter Satz als Minimallohn zur Geltung gebracht werden, schon darum, um nicht nach außen hin zu verraten, wie billig man in Hannover leben kann — und arbeitet. — Von 353 hier beschäftigten Gehilfen sind nur 236 organisiert, nicht unbegriffen in dieser Zahl sind die in den kleinen Hinterstübchen verkochenen Kunstbuchbinder, besser Hungerkünstler. Ferner sind von 59 Hilfsarbeitern 9 organisiert, und von 571 Arbeiterinnen gehören nur 181 dem Verbands an. Diese Zahlen geben eigentlich die exakteste Antwort auf des Referenten Frage. Hier hat die Agitation einzusetzen, damit Hannover als Großstadt seine Zahlstelle auf die Höhe bringt, die ihr gebührt. Und diese Arbeit haben die hiesigen Kolleginnen und Kollegen selbst in Angriff zu nehmen, denn auch der neue Verbandsvorstand kann ihnen diese Arbeit nicht abnehmen. Wenn die vorjährige Lohnbewegung einen halben Mißerfolg gebracht hat, so dürfe dies kein Grund sein, dem Verband den Rücken zu kehren, sondern um so mehr ein Ansporn, alles daran zu setzen, bis auch der letzte Gehilfe dem Verbandszugeführt ist und die Scharte wieder ausgeweitet wird. Die innerste Ueberzeugung, daß nur eiserner Zusammenhalt unsere Forderungen nachdruck verleiht, muß uns den Mut einflößen, auszuhalten im Kampf um unsern Tarif, denn dieser ist es, mit so saurer Mühe zusammengestellt, der nicht Gnade fand vor den Augen unserer Prinzipale und zurückgestellt werden mußte. Aber nach dieser teilweisen Niederlage dürfen wir nicht auseinanderlaufen; immer wieder im Rückzug ordnen und sobald wie möglich die Schlagfertigkeit hergestellt, das sollen und müssen wir uns von Montag morgen bis zum Sonnabend abend vor Augen halten und keinen Augenblick locker lassen, wenn uns auch der starke Gegner noch eine Niederlage beibringt. Ermutigen, agitieren, aufklären muß jeder einzelne, dann werden auch in Hannover andere Löhne als Minimum gezahlt werden müssen. Als wir unseren Akkordtarif im vorigen Winter von den Prinzipalen zurückverhielten, wurde von letzteren das Versprechen — in Frage hierbei kommen nur die Geschäftsbücherfabriken von J. C. König & Ehardt, Edler & Krusche, Oldenmeiers Nachfolger — gegeben, am 1. April 1904 sollen Werkstattdarstellungen eingeführt werden, die dann später den Boden bilden sollen, aus dem der allgemeine Akkordtarif wachsen und zur Zutriedenheit (!) beider Teile bestehen soll. Dieses Versprechen hat nur die Firma Edler & Krusche eingelöst, während die beiden anderen Firmen noch rückständig sind. Redner greift auf die Entstehung des Leipziger Tarifes von 1873 zurück, um den jahrelang die heftigsten Kämpfe geführt wurden, bis dieser Tarif in seiner heutigen

Form gediehen sei. 1884 habe Redner in Leipzig mit einem Stundenlohn von 24 Pf. bei Brockhaus angefangen und nach drei Jahren habe er es bis auf 27 Pf. gebracht. Und daß heute derartige Entlohnungen nicht mehr allzu häufige sind, dafür hat der deutsche Buchbinderverband gesorgt. Davon legen die Tariffämpfe Ende der Vier Jahre in Leipzig, Berlin und Stuttgart, und dann die Tarifeinführung in den vielen kleineren Städten Zeugnis ab. Hieran muß auch Hannover sehen, daß mit einem Siebteig Band fällt. Wenn viele von denen, so dem Verband untreu werden, sagen, ich habe nichts vom Verband, so haben sie offenbar keine Ahnung von den gewaltigen Summen, die unser Verband alljährlich ausgibt für Gemäßregelungen, Streik-, Reise-, Arbeitslosenunterstützung, außer den reinen Unterstützungs Zweigen, die der neunten Verbandsstag diesen Sommer in Dresden beschlossen hat, wie Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder, im Todesfall die Unterstützung der Hinterbliebenen, die erhöhte Arbeitslosenunterstützung. Jene sei es immer wieder gesagt, daß der Verband alles mit Bucherzinsen zurückzahlt an jeden einzelnen Unterstützungsbedürftigen. Ein älterer Kollege gab sogar als Grund seines Austrittes den an, die Invalidenunterstützung sei vom Verbandsstag abgelehnt worden, deshalb trete er aus dem Verband aus. Wenn die Invalidenkasse eingeführt werde, trete er wieder ein! Solche Nechtkünstler gibt es noch viele. Glauben denn die Leute beim Wiedereintritt, wenn die Invalidenkasse eingeführt wird — und sie wird eingeführt —, es wird ihnen ihre frühere Mitgliedschaft angerechnet? Hier wird nur treues Aushalten belohnt. Wer so kleinlich denkt, wer so wenig Idealismus zeigt, an dem ist wirklich nicht viel verloren, der hinterläßt weiter nichts als ein höchst lächerliches Andenken, den lasse man ruhig laufen. Jeder Frau muß zugerufen werden, wenn sie ihren Mann vom Eintritt in den Verband abzuhalten sucht, daß sie das größte Verbrechen begeht an ihrer ganzen Familie, indem sie die Schuld auf ihr Gewissen läßt, ihren Kindern bessere Erziehung und bessere Ernährung durch schlechten Verdienst vorenthalten zu haben, während ihr Mann, wäre er im Verbands, durch diesen einen besseren Verdienst, eine kürzere Arbeitszeit und im Notfalle die verschiedenartigen Unterstützungen gewährt werden. Seine Versicherung könne auch nur im äußersten für die paar Pfennig Wochenbeitrag, die unser Verband erhebt, das an Unterstützungen wieder zurückzahlen, wie gerade unser Verband. Jeder organisierte Kollege und jede organisierte Kollegin berichten eben durch ihre Organisation im Buchbinderverband ein Stückchen Kulturarbeit, die ihren Teil dazu beiträgt, unsere Berufsgenossen auf eine höhere Kulturstufe zu heben, und dadurch wird wieder auf die gesamte Arbeiterschaft günstig eingewirkt. Der deutsche Buchbinderverband umfaßt heute ungefähr 15000 Mitglieder und hat ein Vermögen von weit über 1/4 Million Mark. Aber das ist noch lange nicht genug, die Mitgliederzahl muß sich, wenn jeder einzelne seine Pflicht als Agitator erfüllt, in fünf Jahren verdoppeln und das Verbandsvermögen verdreifachen. Die gesamte organisierte deutsche Arbeiterschaft, ohne christliche und ohne Gewerksvereine, also nur in freien Gewerkschaften organisiert, zählt heute über 1 Million Kämpfer unter ihren Fahnen. In welcher eminenten Weise diese Schar die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig für sich beeinflusst hat, das kann man jeden Tag sehen und hören, sofern man es nur will; die Erzeugnisse sind zu gewaltig, als daß sie einer übersehen könnte. Aus kleinen Vereinen wurden Verbände, die heute im Volkbewußtsein ihrer Macht schon in der Lage sind, bei Abschließungen kollektiver Arbeitsverträge ihre Interessen energisch zu wahren, wieviel mehr muß dies erst der Fall sein können, wenn jeder Arbeitnehmer seinem Berufsverband angehört. Mit einer kräftigen Anfeuerung, in der Agitation nicht nachzulassen, sich immer wieder die Tatsache vor Augen zu halten, daß nur durch Zusammenhalt die so sehr minimalen Löhne in Hannover aufgebessert werden, die den hiesigen

Verhältnissen entsprechen und dann auch die Regelung der Akkordarbeit durch einen Einheitslohnstarif herbeigeführt wird, schloß der Redner seinen sehr instruktiven und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach der einstimmigen Annahme einer im Sinne des Referates gehaltenen Resolution wurde die Versammlung geschlossen.

Hannover. Am Sonnabend, den 5. November, fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Zunächst gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Der Mitgliederbestand beträgt am 1. Oktober 280 männliche und 200 weibliche. Erfreulicherweise konnte der Vorsitzende hierbei feststellen, daß sich bei der Zahl der wegen Meisten geforderten Mitglieder eine abnehmende Tendenz zeigt. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 8 Sitzungen. Es fanden statt 2 General- und 4 Mitgliederversammlungen. Dem Kassensbericht ist zu entnehmen, daß bei der Verbandskasse einer Einnahme von 2078,19 Mk. eine Ausgabe von 539,51 Mk. gegenübersteht, während die Lokalkasse einen Bestand von 3128,30 Mk. aufweist. Den Arbeitsnachweisbericht gab Schäd. Eine unerquickliche Debatte entspann sich über einen Zwischenfall, der sich bei der Firma Georg Höppler ereignet haben soll; zwei dort entlassene Kollegen betrachteten sich als gemäßigelt. Die Diskussion wurde durch einen Schlusssatz abgebrochen und die Sache selbst dem Vorstand überwiesen.

Wenn nun diese Versammlung auch einen einigermaßen annehmbaren Besuch aufzuweisen hatte, so muß hier doch konstatiert werden, daß die im letzten Sommer stattgehabten Versammlungen durchweg sehr schlecht besucht waren. Auf keinen Fall darf das so weiter gehen und richten wir deshalb an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, in Zukunft die Versammlungen zahlreicher zu besuchen und überhaupt etwas reger an dem Verbandsleben sich zu beteiligen. Die meisten Mitglieder sind der Meinung, ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen; dem ist jedoch nicht so, und deshalb sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Mitgliedes ist, sich an allen Fragen zu beteiligen, die die Zahlstelle beschäftigen. Um aber nun über alle derartigen Fragen unterrichtet zu sein, ist es notwendig, die Versammlungen zu besuchen.

Außerdem sei auch hiermit darauf hingewiesen, daß die Mitgliederzahl der Zahlstelle Hannover in einer stetigen Abnahme begriffen ist. Wenn auch nach jeder Lohnbewegung ein Rückgang in der Mitgliederzahl zu konstatieren ist, so ist doch ein Minus von zirka 250 Mitgliedern gegenüber dem Vorjahr eine Tatsache, die unbedingt zu denken gibt. Auch hier liegt wohl die Hauptschuld an den einzelnen Mitgliedern, die es an der fortwährenden Agitation von Mund zu Mund haben fehlen lassen.

Wenn man bedenkt, daß in fast allen Zahlstellen eine steigende Tendenz in der Mitgliederzahl sich bemerkbar macht, so ist das Fazit für Hannover als Großstadt ein geradezu beschämendes. Auf keinen Fall wäre hier ein solcher Rückgang zu verzeichnen, wenn jeder einzelne als Agitator für seinen Verband gewirkt hätte. Wüßten darf man sich allerdings nicht, wenn man in Betracht zieht, daß in einigen Buden persönliche Stänkereien an der Tagesordnung sind, wo der eine noch mehr bestrebt ist wie der andere, sich durch allerlei Anbringereien und Kapuzen dem Prinzipal gegenüber angenehm zu machen. Derartige Sachen müssen sofort dem Vorstand unterbreitet werden, damit der dagegen einschreiten oder auf Abhilfe sinnen kann. Besser wäre es allerdings, wenn solche Sachen überhaupt nicht vorkämen, wenn jeder einzelne es sich zur Pflicht machte, bei jeder sich bietenden Gelegenheit agitatorisch für den Verband zu wirken. Wenn wir in zwei Jahren wieder vor einer Lohnbewegung stehen, darf kein vorausgehöriger uns mehr fernstehen. Dieses erhabene Ziel zu erreichen, muß das Bestreben eines jeden sein, dann werden wir es auch erleben, daß unsere Forderungen nicht nur Wunsch bleiben.

Rathenow. Unsere am 19. Oktober getagte Versammlung wurde vom Metallarbeiter-

verband einberufen. Zweck dieser Versammlung war, den Uebertritt der Kollegen vom Metallarbeiterverband in den Deutschen Buchbinderverband zu vollziehen. Zu dieser Versammlung war der Kollege Remser-Berlin erschienen, welcher den zahlreich Anwesenden ein interessantes Referat hielt über das Thema: Was für Ziele der Verband für uns Stuarbeiter erzielen will. Sein Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes seine Ausführungen gemacht hatte, wurde der Brief vom Zentralvorstand vorgelesen, der von allen Kollegen akzeptiert wurde, so daß der Uebertritt nun stattfinden konnte. Die Abstimmung zeitigte eine einstimmige Annahme des Antrages. Es wurde nun die Zahlstelle für den Buchbinderverband gewählt, wozu folgende Kollegen in den Vorstand gewählt wurden: Dibbel, Bevollmächtigter; Duetsch, Kassierer; Stübing, Schriftführer; Beisitzende Köster und Peter. Auch wurde Busse als Vertreter in das Gewerkschaftskartell gewählt, dem wir uns gleich angeschlossen haben. Sodann meldeten sich noch zwei Kollegen zur Aufnahme in den Verband. Zum Schluß besprach Remser noch die Aufgaben, die der Vorstand hat, um sodann die Anwesenden aufzufordern, fortwährend zu agitieren, denn nur durch eine kräftige Organisation kann den Stuarbeitern geholfen werden, damit würden alle Verschlechterungen und Mißstände abgewehrt. Die Organisation für unseren Beruf ist der Deutsche Buchbinderverband. Mit einem Hoch auf die Zahlstelle Rathenow und den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Strasburg. In der am 22. Oktober stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende Pieter den Geschäftsbericht wie folgt: Im Laufe des dritten Quartals fanden eine General-, drei Mitglieder- und eine außerordentliche Versammlung, sowie ein Vortragsabend statt. Die Generalversammlung faßte den Beschluß, die regelmäßigen Mitgliederversammlungen nur jeden vierten Samstag im Monat stattfinden zu lassen, da dieselben einen äußerst schlechten Besuch aufwiesen! Ueber die Firma J. Eisinger wurde die Sperre verhängt, weil der Inhaber der Firma dritten Personen gegenüber behauptete, Verbandsmitglieder hätten durch fälschliche Aussagen bei ihm beschäftigte Gehilfen veranlaßt, ihre Stellung aufzugeben. Als ihm bekannt wurde, daß seine Werkstatt gesperrt sei, reklamierte er sofort, ohne uns indessen einen Beweis für seine Behauptungen zu liefern; er war schließlich freundlich genug, uns anheim zu stellen, wir möchten uns Beweise selbst suchen. Da wir aber diesem Ersuchen nicht nachkommen können und auch nicht wollen, Herr Eisinger aber bereits öfter seine Antipathie gegenüber dem Verband bekundete, halten wir die Sperre noch aufrecht!

In der außerordentlichen Versammlung gab Zöhler aus Stuttgart einen Bericht vom Verbandstag, und den Vortragsabend füllte Kollege Harfing mit einer wohl gelungenen Rezitation des Theaterstücks „Zapfenstreich“ aus. Leider waren die Versammlungen in der Regel sehr schlecht besucht, und ist zu erwarten, daß die Kollegen hierin eine Aenderung herbeiführen.

Detiker gab dann den Kassenbericht. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 210,12 Mk., die Ausgaben 184,61 Mk., bleibt ein Bestand von 25,51 Mk., welche am Ort behalten wurden. Die Lokalkasse hat 61,31 Mk. Bestand. Der Mitgliederbestand ist 40, davon 33 männliche und 7 weibliche.

Den Bibliotheksbericht gab Sinzburger. Es wurden im Quartal drei Bücher ausgeliehen, der Kassenbestand ist 15,68 Mk. Angesichts dieser schwachen Benutzung der Bibliothek macht Heiß den Vorschlag, Verzeichnisse der vorhandenen Bücher anfertigen zu lassen und an die Kollegen abzugeben. Die Sache wird dem Vorstand überlassen.

Der Vorsitzende verliest dann das Zirkular der Zahlstelle Münnchen betreffend Herbeiführung einer Urabstimmung zur Gründung einer Invalidentasse. Die Diskussion darüber zeigt, daß man zwar der Sache nicht abgeneigt ist, jedoch

lieber die Einführung einer Krankenunterstützung sehen würde, welche ein weit wirksameres Mittel zur Betreibung einer erfolgreichen Agitation in den kleineren Zahlstellen sei; diese Idee wird schon seit mehreren Jahren in der hiesigen Zahlstelle vertreten und auch ein dementsprechender Antrag zum Verbandstag eingebracht, dessen Ablehnung unter den Kollegen ziemlich viel Enttäuschung hervorrief. Daher wurde auch diesmal wieder aus der Mitte der Versammlung angeregt, mit allen Mitteln die Einführung einer solchen Unterstützung zu erstreben, und ist dem Vorstande eine dementsprechende Direktive gegeben worden.

Nach Anhörung des Kartellberichts wurde dann die Frage der Erhebung eines Beitrags zum Bau eines Gewerkschaftshauses erörtert. In dieser Sache ist bereits früher der Beschluß gefaßt worden, vierteljährlich eine Steuer von 10 Pf. pro Mitglied zu erheben, der größte Teil der Mitglieder weigerte sich jedoch, diesen minimalen Beitrag zu zahlen, was von lebhaftem gewerkschaftlichen Interesse der Kollegen nicht zeugt. Da aber trotz der vielen darüber stattgefundenen Diskussionen eine Aenderung nicht herbeizuführen ist, und die Beitragspflicht für die dem Kartell angehörenden Gewerkschaften obligatorisch ist, sah sich die Versammlung genötigt, einem Antrage, dahin lautend, daß die Beiträge aus der leider sehr schlecht bestellten Lokalkasse zu zahlen sind, zuzustimmen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand dann die Versammlung ihren Schluß.

An dieser Stelle sei nun nochmals an die Mitglieder der Zahlstelle das dringende Ersuchen gerichtet, den jetzt eingerissenen Schlandrian nicht weiter gehen zu lassen. Bei allen Versammlungen oder Veranstaltungen, mögen sie noch so dringend oder interessant sein, fehlt der größte Teil der Mitglieder. Wenn auch, wie vielfach behauptet wird, der Verbandstag für die anwesigen Kollegen nichts als Enttäuschung gebracht hat, so ist das noch immer kein Grund, die Platte ins Korn zu werfen. Gerade jetzt heißt es, weiter zu arbeiten, damit die Wünsche, welche bis jetzt keine Berücksichtigung finden konnten, verwirklicht werden. Aber statt lebhaft zu agitieren, hält man sich mißrisch abseits. Man sollte meinen, an Mitgliedern einer so lange bestehenden Zahlstelle sei es gar nicht nötig, in der Weise zu appellieren. Doch so wie jetzt kann es nicht weiter gehen.

Mache sich jeder die Parole zu eigen: nicht rückwärts, sondern vorwärts; denn nur durch weiteren Ausbau des Verbandes kann den Wünschen der Einzelnen mehr Rechnung getragen werden.

Dresden. In der am 12. November von zirka 500 Personen besuchten Versammlung sprach zunächst Redakteur Niem über den Einfluß der Gewerkschaftsorganisation auf die Lebenslage der Arbeiter. Der Referent legte auf Grund sehr reichlichen Materials dar, daß das Einkommen der Arbeiterklasse nicht im entferntesten mit den Aufgaben, die der Kulturstaat an ihn stellt, in Einklang zu bringen sei. Vor allem geißelte Redner mit scharfen Worten, daß die Frauen infolge der traurigen Lohnverhältnisse der Männer zum größten Teil gezwungen seien, ihre Arbeitskraft, welche sie eigentlich dem Haushalte widmen müßten, ebenfalls in den Dienst des Kapitalismus zu stellen. In eben solcher Weise kritisierte er die Ausbeutung der Kinder und illustrierte seine Ausführungen durch ausführliches statistisches Material. Im weiteren kam Redner auf die indirekten Steuern zu sprechen und wies nach, daß dadurch das ohnehin geringe Einkommen des Arbeiters noch ganz bedeutend herabgedrückt wird. Leider werden von den Arbeitern diese Kulturfeinde noch viel zu wenig beachtet und bekämpft, und seitens des Unternehmertums wird alles aufgeboten, um die Aufklärung der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Referent zeigte an der Hand von Beispielen, wie schon im Altertum bei den Arbeitgebern dieses Bestreben zutage trat, das sich bis auf unsere Zeit erhalten hat. Auch heute noch gehen die Unternehmer von dem Grundsatz aus: „Die dümmsten Arbeiter sind die besten!“ Hier haben es sich nun vor allem die Gewerkschaften zur Aufgabe gemacht, diese kulturfeindlichen Be-

strebungen zu bekämpfen und die Arbeiter auf dasjenige geistige Niveau zu bringen, welches es ihnen ermöglicht, die ihnen von dem Unternehmerum bei jeder Gelegenheit entgegengestellten Schwierigkeiten zu erkennen und den Kampf mit denselben erfolgreich durchzuführen. Redner schloß seinen interessanten Vortrag mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, treu und fest zu ihrer Organisation zu halten. Nur durch strengste Solidarität wird es dem Arbeiter möglich sein, seine Interessen zu wahren und seine Lebenslage zu verbessern. Nachdem gab D. Kohl einen Ueberblick über die vergangene Lohnbewegung. Er macht bekannt, daß von den zirka 70 Zimmungsmeistern, welche Gehilfen beschäftigen, 58 die zwischen Zimung und Gesellenauschuß vereinbarten Bedingungen unterschriftlich anerkannt haben. Doch haben bereits einzelne Meister versucht, die gemachten Vereinbarungen zu durchbrechen und ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, auf strengste Einhaltung der getroffenen Bestimmungen zu achten und alle entgegenstehenden Wahrnehmungen unverzüglich dem Bevollmächtigten zur Kenntnis zu bringen. Das gleiche gilt von den in Buchdruckereien usw. beschäftigten Kollegen, da die Buchdruckerinnung die Beschlässe der Buchbinderinnung ebenfalls anerkannt hat. Die Zigarettenfabriken haben fast alle die von der Lohnkommission aufgestellten Forderungen bewilligt. Einige Punkte, welche im Tarif nicht enthalten waren, sind auf besonderen Wunsch der Prinzipale noch nachgeholt worden. Die Neumion entläßt allerdings jetzt eine größere Anzahl von Zuschneidern und Arbeiterinnen mit der Motivierung, den Betrieb einschränken zu wollen und wird erst abzuwarten sein, ob neue Arbeiter eingestellt werden. In der Kartonnagenbranche selbst hat die Bewegung leider nicht mit einem vollen Erfolg abgeschlossen werden können. Vor allem macht Herr Kämpfe bereits Schwierigkeiten, indem ihm die von ihm gemachten Zugeständnisse bereits leid tun, doch sind die dort beschäftigten Arbeiter fest entschlossen, ihre Rechte geltend zu machen. Mit der Firma Neumann & Co. hat sich eine Zeitungspolemik entwickelt, indem genannte Firma die von uns kritisierten Mißstände bestreitet, doch haben sich dieselben bei näherer Untersuchung als den Tatsachen entsprechend gezeigt. — Am wenigsten günstig hat die Luxuswarenbranche abgeschnitten. Ursprünglich hatte es allerdings den Anschein, als wenn die Bewegung einen friedlichen Verlauf nehmen sollte, da sich die Fabrikanten bereit erklärten, mit der Kommission gemeinschaftlich einen Tarif auszuarbeiten, doch kam derselbe nicht zustande, die Fabrikantenvereinigung ließ vielmehr in allen Fabriken Plakate aushängen, auf denen bekannt gegeben wurde, daß die einzelnen Chefs nur mit ihren eigenen Leuten verhandeln dürften. Infolge dieses Vorgehens war der Streik unvermeidlich. Ein weiterer Beschluß der Fabrikanten ging dahin, sämtliche Streikende für immer auszusperrn, was aber nur teilweise zur Ausführung gekommen ist. Dieses rigorose Vorgehen der Fabrikanten muß um so mehr verwundern, da ein großer Teil derselben früher selbst in der Organisation Vertrauensstellen inne hatte und sich diese Herren auch an früheren Streiks hervorragend beteiligt haben, was sie aber vollständig vergessen zu haben scheinen, indem gerade diese den berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter am schroffsten gegenüberstanden. Leider hat uns unsere Lohnbewegung auch in gewissen Konflikt mit anderen Gewerkschaften gebracht, weil Angehörige derselben sich zu Streibrecherdiensten verleiteten ließen. Wohl soll den betreffenden Organisationen kein Vorwurf gemacht werden, doch war es unsere Pflicht, die einzelnen Fälle zu kritisieren, was uns allerdings sehr übel vermerkt worden ist. In erster Linie kommen hierbei die Steindruckerei bei Sitz in Betracht. Dieselben reichten seinerzeit mit den Buchbindern gemeinschaftlich Forderungen ein. Während nun den Steindruckern ausweichende Antwort zuzuging, hat man die Buchbinder überhaupt keiner Antwort gewürdigt. Daraufhin traten die Buchbinder in den Streik, während die Steindruckerei stehen blieb. Dieselben schlossen sich aber nach zirka 14 Tagen, dem Drucke der Verhältnisse folgend, ebenfalls an.

Nachdem verschiedentlich Verhandlungen ohne nennenswerten Erfolg gepflogen worden waren, gingen die Steindrucker nach dreitägigem Streik wieder in ihre Stellung, und zwar mit Zustimmung ihres Verbandsvorsitzenden, trotzdem derselbe in einer tags zuvor in Mägeln stattgefundenen Versammlung mit einer derartigen Begeisterung für Fortsetzung des Streiks eingetreten war, die alles andere erwarten ließ, nur nicht derartigen kläglichen Umfall. Wäre der Streik nur noch acht Tage fortgesetzt worden, so hätte die ganze Sache eine wesentlich andere Wendung genommen, da die Firma auf keinen Fall mit den ihr zur Verfügung stehenden Arbeitswilligen den Betrieb hätte länger aufrecht erhalten können. Referent weist noch darauf hin, daß eine große Anzahl von Arbeitern ausgeperrt ist und ersucht die jüngeren Kollegen, möglichst von Dresden abzureisen, um die zu besetzenden Stellen den Verheirateten zu überlassen. Diejenigen, welche erst kürzlich der Organisation beigetreten sind, werden noch aufgefordert, auch fernerhin dem Verband treu zu bleiben, da nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation die erlangenen Vorteile aufrecht erhalten werden können.

In der nun folgenden Diskussion vermahnt sich der anwesende Gauleiter der Steindrucker, Gen. Leinen, gegen die in einem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ zum Ausdruck gekommenen Vorwürfe gegen die Steindrucker und weist dieselben mit ziemlich scharfen Worten als unberechtigt zurück. Er bedauert die zwischen beiden Organisationen entstandenen Differenzen. Er konstatiert, daß kein Steindrucker Streitarbeit verrichtet habe und erklärt ferner, daß er ebenfalls von der schnellen Beendigung des Streiks überrascht sei. Es wäre nach seiner Ansicht vielleicht doch möglich gewesen, bei längerem Ausbleiben noch etwas mehr herauszuschlagen. Doch will er damit nicht gesagt haben, daß eine derartige Wendung bei längerem Streik mit voller Sicherheit eingetreten wäre. Seine Ausführungen gipfeln darin, daß das Vorgehen der Buchbinder unter großen taktischen Fehlern gelitten habe und es den Steindruckern nach Lage der Sache gar nicht möglich gewesen sei, irgend welchen nennenswerten Einfluß auf den Ausgang der Bewegung auszuüben.

Klein geht noch einmal auf die ganze Entwicklung und den Verlauf der bei der Firma Süß stattgefundenen Bewegung ein und konstatiert, daß Leinen nur in vollständiger Verkennung der bestehenden Verhältnisse seine Ausführungen hat machen können. In ähnlichem Sinne spricht sich Weinecke aus. Beiden Rednern wird stürmischer Beifall der Versammlung zuteil. Döhnert bringt noch verschiedene Mißstände der Firma Neumann & Co. zur Sprache und kritisiert vor allem das Verhalten des Werkführers Menke sowie das bei der Firma bestehende Straffsystem. Der Vorsitzende schließt mit einer ernsten Mahnung an die Anwesenden, sich durch nichts in ihren Organisationsbestrebungen beeinflussen zu lassen, sondern stets ihre ganze Kraft dem weiteren Ausbau unseres Verbandes zuzuwenden, die ziemlich erregte Versammlung.

Internationales.

Oesterreich. In der Kopierbücherfabrik von Selter in Wien stehen 20 Arbeiter und 18 Arbeiterinnen im Ausstand. Arbeitsangebote nach dorthin sind nicht anzunehmen.

In Kriest bereitet sich eine Lohnbewegung vor, die Arbeiter erwarten am 15. d. M. Bescheid auf ihre gestellten Forderungen.

Rundschau.

Vom Verband deutscher Buchbinderbesitzer erfahren wir: Die Hauptversammlung fand laut „Leipziger Neuesten Nachrichten“ am 30. Oktober im Leipziger Buchgewerbehauß statt. An Stelle des von seinem Amte als Vorsitzender freiwillig zurücktretenden Herrn Kommissionsrates Frißsche übernahm Herr Paul Hoffmann die Leitung. Herr Graubner erstattete Bericht über das letzte Geschäftsjahr. Demnach war der Vorstand mit Arbeit zwar reichlich versehen, das Geschäftsjahr

jedoch ruhig. Abgehalten wurden 6 Vorstands-, 6 Tarifamts-, 3 Schiedsgerichtsversammlungen und 1 Hauptversammlung. Die Amtsniederlegung des um den Verband sehr verdienten Vorsitzenden Herrn Kommissionsrat Frißsche wird außerordentlich bedauert. Die Beziehungen zur Gehülfsenschaft sind friedlich, daher konnten Einrichtungen des Vereins weiter ausgebaut werden. So wurden mit Hilfe der Gehülfsenschaft und mit Billigung des Tarifamtes einheitliche Schiedsgerichtsordnungen für ganz Deutschland geschaffen. Das neugeschaffene Tarifamt hat sich gut bewährt. (?? D. N.) Die fast immer zugunsten der Gehülfsenschaft gefällten Entscheidungen gaben einen Beweis von der unparteiischen und gerechten Behandlung der zur Unternehmung gebrachten Fälle. Gewünscht wird, daß der Vorstand in seinen Arbeiten etwas mehr von den Mitgliedern unterstützt wird. Zur Verbesserung der gewerblichen Verhältnisse ist die Gründung eines Schutzverbandes von Prinzipalen, dem besonders die Regelung des geschäftlichen Verkehrs mit dem Publikum obliegen soll, in Vorbereitung. Der Kassenbericht weist sehr günstiges Ergebnis auf. Ein Redner dankte im Namen der Versammlung dem Gesamtvorstand für seine mühevolle Tätigkeit. Hierauf folgten die Neu- und Ergänzungswahlen in den Vorstand. Dem Vorstande war es gelungen, den bisherigen 1. Vorsitzenden, Herrn Kommissionsrat Frißsche, zur Wiederaufnahme seines Amtes zu veranlassen. Seine Wiederwahl erfolgte einstimmig. Außerdem wurden die Herren Lüderitz, Schwabe, Hoffmann und Dr. Schlippe in den Vorstand gewählt.

Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit im dritten Quartal 1904 bringt das „Reichsarbeitsblatt“ eine Darstellung. Die Erhebung erstreckte sich auf 589 928 Personen und stellte fest, daß die Zahl der Arbeitslosen am 30. September d. J. sich prozentual mit der zur gleichen Zeit des Vorjahres völlig deckt. Am 30. September 1904 wurden insgesamt 11 083 von den obigen 589 928 Mitgliedern der deutschen Fachverbände und zwar 8925 am Ort und 2158 auf der Reise als arbeitslos festgestellt, das sind 1,8 Prozent. In der entsprechenden Zeit des Vorjahres stellte sich dieser Satz gleichfalls auf 1,8 Prozent, am 30. Juni d. J. auf 1,9 Prozent. Die Gesamt-arbeitslosenziffer ist also gegenüber dem letzten Quartal um ein geringes niedriger. In den einzelnen Verbänden ist die Veränderung des Umfanges der Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr eine sehr verschiedene. Während bei den Bäckern, Buchdruckern, Bildhauern beispielsweise eine Verminderung um 0,4—0,9 Prozent eingetreten ist, hat die Arbeitslosigkeit bei den Handschuhmachern um 1,4 Prozent zugenommen. Die durchschnittliche Unterstützungsdauer betrug 17 Tage, sie erhöhte sich über diesen Durchschnitt bei den Glasarbeitern (32 Tage), bei dem Gewerbeverein der deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter (44), den Buchdruckern (24) usw. Die Unterstützungssumme für Arbeitslosigkeit am Ort belief sich auf 475 375 Mark, für Reiseunterstützung auf 207 604 Mark. In der Hauptsache waren daran die Verbände der Buchdrucker, Metallarbeiter und Holzarbeiter beteiligt.

Ueber eine konstituierende Versammlung des Schutzverbandes deutscher Buchbinder-Besitzer lesen wir in der Fachpresse: Am Sonntag, den 30. Oktober fand in Leipzig eine solche statt. Die Vereinigung bezweckt die Hebung der Buchbinderbranche durch umfassende Vereinbarung. Ihr gehören zurzeit bereits fast sämtliche größere Fabriken der Branche an. Die getroffenen Vereinbarungen erstrecken sich zunächst auf Besetzung der großen Mißstände, die durch den unbegrenzten Wettbewerb in der Branche hervorgerufen wurden. Eine Regelung der Verkaufspreise ist für spätere Zeit vorgesehen.

August Brust, Vorsitzender des christlichen Bergarbeiter-Verbandes, hat sein Amt niedergelegt. Der „Vergnabe“ teilt mit:

„Die Vorstandssitzung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands vom 30. Oktober d. J. hatte sich mit Differenzen innerhalb des Verbandes zu befassen. Die ausgedehnte Aussprache hierüber ergab das Resultat, daß der

Vorstand es für notwendig hielt, die Generalversammlung vor die Entscheidung zu stellen, ob sie die Taktik in der bisherigen Leitung des Gewerbevereins billige oder nicht und eventuell einen neuen Vorstand wählen wolle. Daraufhin legte der Vorsitzende Brust sein Amt als erster Vorsitzender nieder.“

Die „Hilfe“ brachte dazu folgende gewiß zutreffende Zeilen:

„Die letzten Knappschaftswahlen gaben den Anlaß zum Sturz des christlichen Oberführers. Es wollte seinen intimsten Freunden nicht mehr gelingen, die Masse der Bergarbeiter davon zu überzeugen, daß mit Verhegungs- und Verleumdungstaktik gewerkschaftliche Erfolge zu erringen seien. Sie verlangten deshalb in der letzten Vorstandssitzung des christlichen Gewerbevereins eine grundsätzliche Änderung der Brunnischen Taktik. August Brust aber, dessen Unflexibilität und persönliche Empfindlichkeit nur allzu bekannt sind, nahm eine solche sachliche Zumutung als persönliche Beleidigung und demissionierte. Früher hatten in solchem Falle seine Freunde sich einschüchtern lassen und ihre sachlichen Bedenken der Stellung der Kabinettsfrage gegenüber unterdrückt. Diesmal nahmen sie bezeichnender Weise keine Nichttrittserklärung ohne weiteres an. Damit ist der sozialdemokratische (alte) Bergarbeiterverband um seinen verdienstvollsten Agitator gekommen! — Fraglich kann es noch sein, ob Brust sein Amt als Vorsitzender des Gesamtverbandes christlicher Gewerbevereine beibehalten wird, nachdem ihm jetzt auch die Zentrumspresse ostentativ fallen gelassen hat. Sicher ist, daß er sowohl diese Führerstellung als sein Abgeordnetemandat lediglich dem Ansehen verdankt, das ihm die Organisation der christlichen Bergarbeiter, dieser größte aller christlichen Gewerbevereine, verschafft.“

Berichtigung.

Wir erhalten folgende preßgesetzliche Berichtigung: Es ist nicht richtig, daß Herr Kommissionsrat Frißsche eine Anzahl der größten Inventurfälschungen oder überhaupt nur irgend eine Inventurfälschung begangen hat.

Es ist nicht richtig, daß ein von uns gefautes Geschäft ohne Prüfung der Inventur übernommen wurde. Das Privatkonto des Herrn Frißsche ist längst beglichen.

Die letzte Generalversammlung der Aktionäre vom 5. Oktober 1904 hat die Bilanz einstimmig genehmigt und auf alle Negregansprüche insbesondere Herrn Frißsche gegenüber ausdrücklich zu Protokoll des Notars verzeichnet.

Herr Frißsche ist am 6. Oktober 1904 durch einstimmigen Beschluß des am 5. Oktober 1904 neu gewählten Aufsichtsrates wieder in den Vorstand der Gesellschaft berufen worden und ist z. Bt. alleiniger Direktor derselben.

Leipziger Buchbinder-Aktiengesellschaft
vorm. Gustav Frißsche

Dazu wäre von uns zu bemerken, daß wir die betreffende Note auf Grund der durch die Tagespresse, und zwar auch der bürgerlichen, gehenden Berichte abgesetzt, zum Teil dieselbe wörtlich nachgedruckt haben. Jedenfalls werden denen nun auch Berichtigungen zugeandt, wenn deren Berichte falsch sind.

Berichtigung. In dem Bericht der Zahlstelle Wiesfeld, die Lohnverhältnisse der Firma F. Wilz jun. betreffend, muß es heißen statt 11 Tage à 9 Stunden, 11 Tage und 9 Stunden. Die Arbeitszeit ist noch immer eine zehnstündige.

Berichtigung. Der in voriger Nummer benannte Buchbinder Gash, vor dem gewarnt wurde, heißt Ernst Gash, nicht Gash.

Die Minimallohne für Berlin und Leipzig sind im Adressenverzeichnis falsch angegeben. Für Berlin beträgt der Minimallohn 25,92 Mk., für Leipzig 24,84 Mk.

Briefkasten.

Schriftführer d. Berl. Kartonnagearbeiter-Versammlung. Ich muß dringend bitten, Manuskripte nicht auf halbbeschriftetes Papier und mit Kleiftift und auf beiden Seiten zu beschreiben.

F. S. in L. Ich habe keine Veranlassung, das Schriftstück zu veröffentlichen, was wohl auch in Ihrem eigenen Interesse liegen dürfte. — G. S. in D. Durch die Berichtigung wohl erledigt. — G. S. in W. Der erste Teil Ihres Schreibens steht in fast keinem Zusammenhang zum Thema, der zweite Teil erledigt sich wohl durch den Leitartikel. — L. A. in M. Kann als Feuilleton nicht Verwendung finden. — J. G. in W. Eignet sich nicht zum Abdruck, fehlt auch Bestätigung durch den Bevollmächtigten. — L. K. in S. Findet vielleicht gelegentlich Verwendung. — Zurückgestellt: Bericht aus Karlsruhe und Altenburg.

Anzeigenteil.

Zentral-Franken- und Begräbniskasse
der Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilfsk.) Sitz Leipzig.
Verwaltungsstelle Leipzig.

Sonnabend den 26. November

Grosses Konzert

im Saale des „Pantheon“, Dresdenerstraße
zum Besten des

fonds für ausgesteuerte Mitglieder.
737] Ausgeführt von der [5,—

Leipziger Musikervereinigung
(Direktion: Herr G. Schüke)

sowie unter gültiger Mitwirkung der vorzüglichen
Leipziger Duettisten

Herrn
Heimbach, Hoffmann, Hänsel
und Musiklehrer **E. Franz**
und der

Damen-Turnabteilung
des

Arbeitervereins Leipzig.

Einlaß 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Der Vorstand.

NB. Programme à 25 Pfg. sind bei den
Vertrauensmännern, sowie bei Herrn Bibliothekar
Hörstmann im Kassenlokal zu haben.

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Essen-Ruhr

feiert Sonntag den 27. November, nachmittags
5 Uhr beginnend, in den

„Borussia-Sälen“

738] Rotthstraße, ihr

III. Stiftungsfest

und ladet die Kollegen der benachbarten Orte herzlich
ein. [1,50

Leipzig.

Dienstag den 29., und Mittwoch den
30. November, abends 8 Uhr findet im
„Pantheon“ der dritte Vortrag des
Heilpädagogischen Herrn **Otto Siemens** über

Suggestion und Sexualität

739] statt. [2,—
Um eine Ueberfüllung zu vermeiden, wird
dieser Vortrag wie oben ersichtlich zweimal
gehalten.

Eintritt nur gegen Karte.

Karten sind von den Vertrauensleuten zu erhalten.
Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.
Der Bevollmächtigte.

Ortskrankenkasse der Buchbinder
und verwandten Gewerbe in Berlin.
Ordentliche Generalversammlung

am
Montag den 28. November, abends 8 1/2 Uhr,
im „Apollo-Saal“, Sebastianstr. 39.

740] Tages-Ordnung: [4,00

1. Ergänzungswahl des Vorstandes (2 Arbeitgeber,
4 Arbeitnehmer).
2. Wahl der Rechnungsprüfungs-Kommission für 1904.
3. Beratung über eine Aenderung der Dienstverträge
mit den Kassenbeamten.
4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Um zahlreichem Besuch bittet

Der Vorstand

Bernh. Jost Georg Wähler
Vorstandsmitglied Schriftführer

Zahlstelle Stuttgart.
Sonntag den 20. November treffen sich die Mit-
glieder der Zahlstelle und des Buchbinder-Männerchors
bei „Broll“, Ede Hauptstätter- und Fagelsbachstraße.
741] [0,50] **Der Vorstand.**

Kollegen! Agitiert alle für die Invaliden-Unterstützung!

Laut Gewerkschaftsbericht vom Jahre 1903 zählten
7 Organisationen 189 442 Mk. Invaliden-Unter-
stützung an invalide Mitglieder aus.

Ein deutlicher Beweis für die Notwendigkeit der
Invalidenkasse kann wohl nicht erbracht werden.

742]

Findet die Errichtung der Invalidenkasse jetzt
die nötige Unterstützung nicht, so hat dieselbe auch
keine Aussicht, auf dem Nürnberger Verbandstage
angenommen zu werden, da sich in den drei Jahren
die Stimmung kaum ändern wird.

Damit nun die Einführung der Kasse nicht auf
Jahre hinausgeschoben wird, arbeite ein jeder Kollege
an der Errichtung der [3,00

Invaliden-Kasse!

Für Bevollmächtigte!

Unterzeichneter bittet die Vorstehenden der Zahl-
stellen, die Zirkulare betreffs Urabstimmung möglichst
bis Montag den 28. November einzusenden. [0,60
743] J. A.: Karl Rabe, München, Augustenstr. 41. III.

Berlin.

Um die Zahlstellen im Bureau zu entlasten,
werden die Kollegen und Kolleginnen ersucht, folgende
Zahlstellen mehr zu benützen:

1. Blume, SW., Alte Jakobstr. 119.
2. Wählich, SO., Adalbertstr. 4.
3. Sens, SW., Friedrichstr. 34.
4. Kunte, W., Willowstr. 59.
5. Krause, N., Müllerstr. 7a.
6. Schünemann, C., Stein- und Gormannstr.-Ecke.
7. Schulze, O., Blumenstr. 38.
8. Bester, Neue Königstr. 60.
9. Luze, Ritzdorf, Wismannstr. 10.
10. Manze, Dresdenerstr. 18.
11. Gasse, SO., Eisenbahnstr. 20.
12. Abendroth N., Babstr. 42.
13. Paßschke, S., Gräfeistr. 31.
14. Manze, Dresdenerstr. 18.
15. Bathe, Ritterstr. 32.
16. Beltner, Schöneberg, Gothenstr. 51.
17. Kichemin, Sebastianstr. 42.

In diesen Zahlstellen nehmen die Birte die
Beiträge und Aufnahmen jederzeit entgegen und
werden auch die Zeitungen ausgegeben.

Den Mitgliedern zur Nachricht: Die Zahlstelle
Ladewig, Kommandantenstraße, ist vom 15. November
nach der Alten Jakobstr. 119 bei Herrn Oskar Blume
verlegt und wird der Hilfskassierer von 6 bis 10 Uhr
kassieren. [3,50
744]

Die Ortsverwaltung.

Unsern lieben Kollegen

„Schorsch“ Bradwih

zu seiner Abreise aus dem gelobten Lande ein
dreifach donnerndes

Papp Heil!

Die organisierten Kollegen M.-Glabach's.

„Das wär gelacht, wenn Pflaumuss
keene Kräfte geb!“ [1,20
745]

Rasiermesser



Versand gegen Nachnahme. Katalog mit über 3000 Abbildungen bitte zu verlangen franko u. umsonst.

Unsern lieben Kollegen
Kurt Grov
zu seiner Abreise nach Leipzig ein [0,60
Herzliches Lebwohl!
746] Die organisierten Kollegen Bromberg's.

Werkzeug ist Werkzeug
glaube ich früher, als ich die von
747] **F. Klement-Leipzig**
gefertigten noch nicht kannte. [0,50

Krankheitshalber ist per sofort oder später eine
Buchbinderei und Papierhandlung
mit gutem Ladengeschäft in einer größeren Hafenstadt
Norddeutschlands mit Haus für 2 Geschäfte eingerichtet
(Werkstatt mit neueren Maschinen ausgestattet), besonders
günstig für einen tüchtigen Buchbinder, bei 10 bis
15 000 Mark Anzahlung zu verkaufen. Offerten
unter N. 1293 an Wilh. Scheller, Annoncen-Expediton,
748] Bremen. [2,20

Glas-Christbaumschmuck



aus erster Hand, reichfortiertes Sor-
timent I gegen Einfindung von
Mk. 5 (Nachnahme 5,30) enthält
echt verblühte Atlas- und Panoramana-
geln, läutende Glöckchen, Früchte,
Schneeballen, japanische Lampe, Leuch-
t-blume, große Baumspitze mit Silber-
helm usw. Sortiment II 124 Stück
größere Sachen zum selben Preis.
Beiden Sortimenten füge gratis eine
hervorragende Neuheit Fruchtwaße 20 cm
hoch mit Blumenbouquet, 1 Engel und
2 Pakete Lametta bei. Sortiment III
Mk. 4, Nachnahme 4,30, enthält 276 Stück meist oben
angegebene Sachen, wird auf Wunsch auch geteilt. Für
Gändler Sortimente von 8 Mk. und höher.
749] **Max Heumann, Caulcha S.-M. Nr. 29**



Preßvergoldungen
750] aller Art, [0,90
in Sortiment u. Partie, liefert geschmack-
voll und sauber zu billigsten Preisen
Max Löwe,
Preßvergoldanstalt,
Stuttgart, Hauptstätterstraße 58 A.



Buchschnittfarben
in den modernsten Farbentönen
glättbar, liefert pro Liter 3 Mk.
751] **Paul Szigris, Marmorierlehrer,**
Leipzig, Laßstr. 1. [1,60



Gehilfen

in allen Gegenden
Deutschlands sucht

O. Th. Winckler, Leipzig

Kostenfreier
Arbeitsnachweis für Buchbinder

752]

von unerreichter Güte und Schnittfähigkeit empfiehlt

Fritz Hammesfahr,

Fabrik u. Versandhaus **Foche** b. Solingen.
D. R. G. M. Nur bei mir zu haben.
Kronen-Diamant-Stahl Mk. 3,25
Kronen-Silber-Stahl . . Mk. 2,25

Fertigz. Gebrauch m. Etui. Für jed. St. wird garantiert.
Streichriemen Mk. 1,— bis Mk. 1,80. Rasierpinsel, Rasierschalen.
à Mk. —,50, Oelabziehstein Mk. 2,50, Schärmasse Mk. —,30, Rasier-
seife Mk. —,25, Rasier-Garnitur komplett in f. Etui Mk. 8,—.